

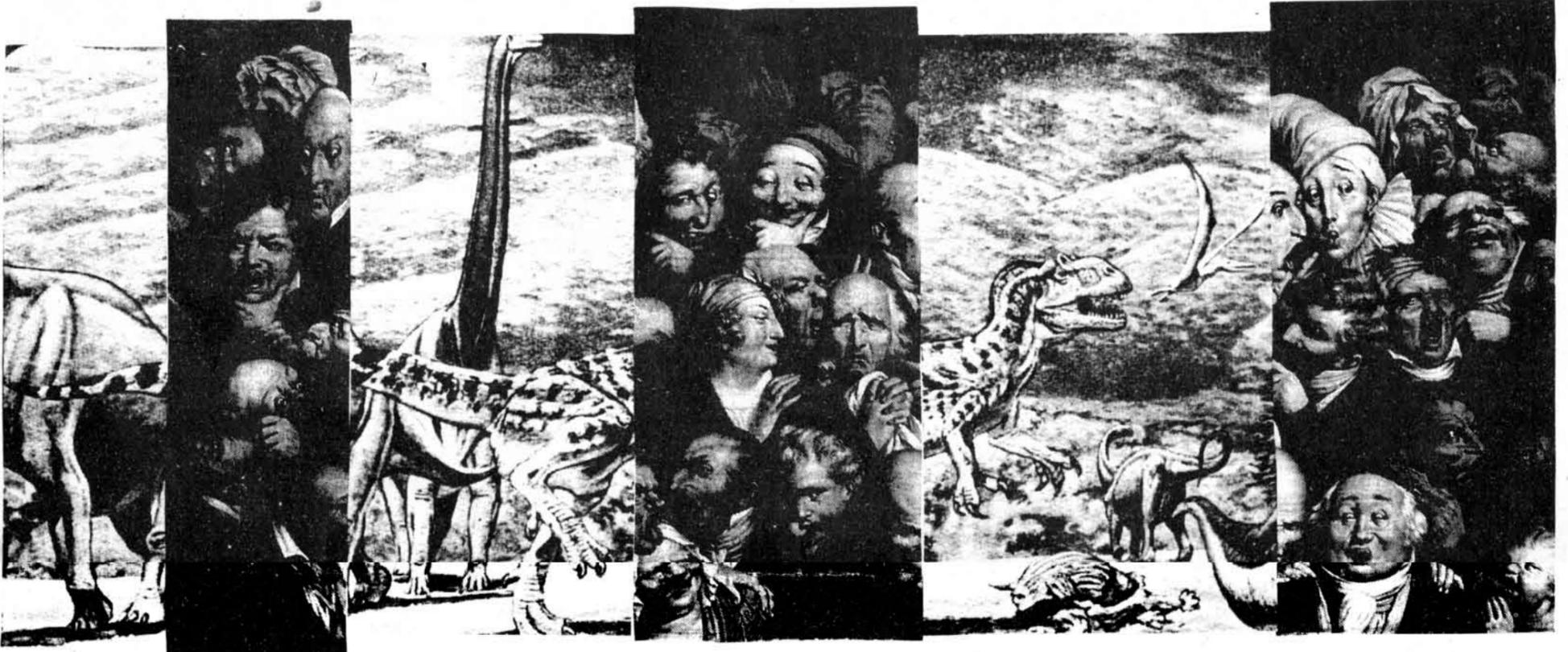
STOFF

Nummer 7

Stimmen von unten für Solidarität und Selbstorganisation im Nauwieser Viertel

März 1994

WECHSEL



Einleitung

Nach einem Jahr **STOFFWECHSEL** fragen wir uns, wie es mit der Zeitung weitergeht. Und ehrlich gesagt: Wir wissen es nicht. Auf keinen Fall wollen wir **STOFFWECHSEL** auf den zweimonatlichen Standardbetrieb beschränken: Redaktionssitzungen, Artikel her, Werbung einsammeln, zum Druck bringen, vertellen, und fertig! Die Gefahr zum Selbstläufer zu werden, liegt auf der Hand.

Wir haben die Zeitung als Versuch gestartet, den gesellschaftlichen Stoffwechsel kontinuierlich und organisiert anzugehen. Für jeden Menschen im Nauwieser Viertel zugänglich, einschließlich der Möglichkeit, sich an dieser Diskussion zu beteiligen (Zumindest als theoretische Möglichkeit, weil z.B. von Haus zu Haus verteilt wird, und die Redaktion ansprechbar und erreichbar ist). Der Sinn von **STOFFWECHSEL** ist nicht erfüllt, wenn über uns drei, die die Zeitung hauptsächlich machen, die Beteiligung von anderen sporadisch bleibt.

In der Stadt sind die Lebensbedingungen extrem belastend. Der soziale Zerfall unserer Gesellschaft ist offensichtlich. Gleichzeitig wird von Oben eine reaktionär-nationalistische Formierung der Gesellschaft auf allen Ebenen vorangetrieben. Viele machen da mit: Die Illusion der Normalität. Das Ende vom Lied kennen wir ja: Niemand war dabei und hat irgendwas gewußt... Und wir mittendrin mit einer kleinen Stadtteil-Zeitung; auf der Seite derer, denen der Wind scharf ins Gesicht bläst.

Wir gehen davon aus, daß **STOFFWECHSEL** zumindest authentische Informationen, Hintergründe und kritische Positionen verbreitet. Ein kleines Gegengewicht - beschränkt auf einen Stadtteil - zu den gleichgeschalteten Medien. Wir werden die Zeitung als Möglichkeit zum Stoffwechsel weiterhin offenhalten. Nicht, daß wir auf bessere Zeiten warten. Dafür muß - auch unabhängig von **STOFFWECHSEL** - gekämpft werden.

Redaktion

Inhalt:

- Superwahljahr
- Fraueninfo Josefine
- Verbot kurdischer Kulturverein
- "Beruf: Neonazi"
- Stimmen aus dem Viertel

Superwahljahr - Superdemokratie? Was ist super am Wahljahr '94?

Allein der Begriff erinnert an billige Reklame für etwas, das nur noch schlecht verkauft werden kann. Gemeint ist eine Anhäufung von Terminen, an denen die mündigen Staatsbürger (deutsch müssen sie außerdem sein) ihre Kreuzchen machen dürfen - eine geballte Ladung Demokratie sozusagen. Mit dem Ergebnis werden dann die gleichen Leute wie bisher - vielleicht in etwas abgewandelter Zusammensetzung - ihre politischen Entscheidungen legitimieren. Sie berufen sich dann darauf, daß sie ja "frei" gewählt wurden und sowas wie einen "Volkswillen" repräsentieren, oder zumindest den "Willen der großen Mehrheit". Das ist schon vom äußerlichen Ablauf her - beste Absichten idealerweise vorausgesetzt - nicht möglich.

Wer weiß heute schon, welche politischen Entscheidungen bis zum nächsten Kreuzchen in 4 oder 5 Jahren getroffen werden, oder wie sich Abgeordnete dann verhalten werden?

Bei einer Wahlbeteiligung von 70% (was schon ziemlich hoch angesetzt ist) hat gewonnen, wer 50% der Kreuzchen hat, das sind dann weniger als die Hälfte von allen. Real ist die Zustimmung allein zu den Personen, die zur Wahl stehen, immer viel geringer. Sie werden also nicht von einer Mehrheit gewählt.

Da die Zustimmung zu einzelnen Entscheidungen noch geringer sein dürfte, werden die erst gar nicht zur Wahl gestellt. Wo war denn die demo-

kratische Mehrheit z.B. für den Bundeswehreinsetz in Somalia, die Einschränkung des Streikrechts, die Kürzung von Arbeitslosengeld, die Gesundheitsreform ... ? Weder in der DDR noch in der BRD wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie "wiedervereinigt" werden will und schon gar nicht, unter welchen Bedingungen; genausowenig ist die Zugehörigkeit zur EG bzw. der Europäischen Union jemals zur Wahl gestellt worden ...

In den Fällen, wo sich durch öffentlichen Protest ein politisch unerwünschter Wille zeigt, können die "Volksvertreter" wählen:

1. Sie berufen sich darauf, daß sie ja schließlich gewählt sind und die freiheitlich demokratische Grundordnung gefressen haben (schelbchenweise)

2. Sie geben ihre Verantwortung an andere ab: "Jeder muß Opfer bringen." "Die Eigenverantwortung ist gefordert, die Politik kann nur einen kleinen Teil dazu beitragen."

3. Sie berufen sich auf ihre Gewissensfreiheit. Dieses superdemokratische Prinzip befreit sie jederzeit von jeglichem Anschein von Verpflichtung gegenüber dem Wähler. Das ist dann die Gelegenheit, plötzlich ihr Herz für Moral zu entdecken, wie z.B. den Schutz des Lebens bei der Diskussion um den § 218 (bei der Abschlebung von Flüchtlingen, bei Militärinterventionen und Polizeieinsätzen gelten da allerdings andere Prinzipien). Die "Freiheit der Wahl" wird also zu einer Freiheit der "Gewählten". Die vielfältigen Skandälchen, Schiebereien und Korruption, die manchmal öffentlich werden, sind davon nur die oberflächlichen Mißbräuche, denen dadurch Tür und Tor geöffnet ist. 10 000 oder 100 000 Mark, die sich Minister selbst aneignen oder anderen zuschustern, Amigoaffären, Bauskandale sind allerdings nur Lappalien im Verhältnis zu dem großangelegten, systematischen Beschleiß. Diese Vorkommnisse zeigen höchstens andeutungsweise, wie es um die "Sorge um das Gemeinwohl" und um das "freie Gewissen" bestellt ist. Schon an den normalen Gehältern für Mandatsträger sieht man, daß dieses eng an finanzielle Vorteile gekoppelt ist. Genauso ist es dann bei den "demokratisch" zustande gekommenen politischen Entscheidungen. Sie sind an alle möglichen politischen und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung "Superwahljahr..."

wirtschaftlichen Sachzwänge gebunden - nur nicht an Wahlergebnisse.

"Der Wähler", steht mit seinem Wahlzettel als Einzelner der geballten Macht hierarchisch straff strukturierter Parteien gegenüber. Er kann sicher sein, daß von seinem politischen Willen nicht viel übrig geblieben ist, bis er sich durch Parteidisziplin, Fraktionszwang, Machtstreben und Profitinteressen gefiltert und verbogen in konkreten Maßnahmen niederschlägt.

Parteidisziplin, Fraktionszwang, Machtstreben und Profitinteressen gefiltert und verbogen in konkreten Maßnahmen niederschlägt.

Allemaal zählen bei der politischen Entscheidungsfindung wirtschaftliche Interessen mehr, die "Interessen der Wirtschaft" genannt werden, so als wenn es die wirtschaftlichen Interessen von allen wären. Gemeint ist damit jedoch, daß Unternehmen, besonders den größten, unter allen Umständen höchstmögliche Profite garantiert werden - selbst wenn die ganze Welt dabei in Schutt und Asche geht.

Bei den "Interessen der Wirtschaft" endet sowieso jeder Anschein von Demokratie. Konzerne oder Wirtschaftsverbände sagen, was sie wollen, und die politische Abteilung hat dafür zu sorgen, daß sie es bekommen. Sie bestimmen, wo sie produzieren und was, was mit dem Gewinn passiert, wer unter welchen Bedingungen Arbeit bekommt, wer die Zeche bezahlen muß. Ihre Vertreter sind an allen politischen Entscheidungen beteiligt. "Vertraulichkeit" wird groß geschrieben statt Öffentlichkeit, und die Verbindungswege sind schneller und kürzer als bis zur nächsten Wahl in 4 Jahren.

Bei näherer Betrachtung entpuppt sich die "Demokratie" als reiner Erfüllungsgehilfe von Interessen einer kleinen Minderheit mit wirtschaftlicher und politischer Macht.

Viele haben erkannt, oder spüren es, daß ihr Kreuzchen auf die tatsächliche Politik keinen Einfluß hat und lassen es deshalb lieber gleich.

Da aber nunmal so eine Wahl das beste Mittel ist, alles mögliche zu legitimieren, Verantwortung undurchschaubar zu machen und im Notfall auf die Wähler abzuschleben, muß dafür Reklame gemacht werden (wenn man sich noch nicht zu einem Wahlzwang entschließen kann). Dafür gibt's dann Wahlkämpfe, in denen auf die "Sorgen und Nöte der Bürger" eingegangen wird. Gleichzeitig eine gute Gelegenheit, sie auf unpopuläre Maßnahmen einzustimmen oder davon abzulenken - je nach Bedarf.

Im "Superwahljahr" ist jetzt schon ausgeklügelt, wo's nach den Wahlen langgeht: "Weltweit Verantwortung übernehmen" (= jederzeit und überall Krieg führen), "Arbeitsplätze und Standort Deutschland sichern" (= weniger verdienen, mehr arbeiten).

Der Wahlkampfslager heißt "Innere Sicherheit". Dahinter verbirgt sich der Ausbau eines Apparates, der einer öffentlichen Kontrolle vollkommen entzogen ist. Aber zur "Demokratie" reicht ja auch das Kreuzchen.

Trotz des allgemeinen Mißtrauens gegenüber diesem Wahlspektakel werden immer wieder Gründe gefunden, weshalb es vielleicht doch wichtig sein könnte, wählen zu gehen. Mir fällt kein einziger halbwegs überzeugender ein. Bleibt also die Frage nach einer Alternative zu dieser Art Demokratie.

Franz-Georg



Foto: Roland Röder

Kurdischer Kulturverein in der Alten Feuerwache

Am 25.11.1993 wurde vom Bundesinnenministerium die Kurdische Arbeiterpartei PKK verboten. Die PKK kämpft in der Türkei seit nunmehr 15 Jahren für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Kurdistan.

Das Verbot der PKK war für die deutschen Behörden der Hebel, mit dem sie die hier tätigen kurdischen Organisationen zerschlagen wollen: So werden im Verbotsbeschuß personelle Zusammenhänge und Übereinstimmungen in den Zielen der Organisationen mit denen der PKK benannt.

Am 26.11.1993 folgten daraus Hausdurchsuchungen bei 29 Kulturvereinen und Solidaritätskomitees, bei der kurdischen Nachrichtenagentur Kurd-Ha und bei kurdischen Verlagen. Sämtliches Arbeitsmaterial wurde beschlagnahmt. Im Saarbrücker Verein waren dies unter anderem Telefon, Fax-Gerät, Fernseher, Video, Bücher, Zeitungen...

Die Verbots-"Begründung" des Bundesinnenministeriums läßt keine Zweifel mehr daran, daß die Legitimität von Organisationen alleine daran gemessen wird, ob sie im Sinne westeuropäischer Machtinteressen agieren. So heißt es:

"...Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für (die) Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europaratpartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaublich machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben. Darüber hinaus werden dadurch diejenigen Kräfte in der Türkei gestärkt, die die Bindung an Europa und an die westliche Welt lockern wollen..."

Ebenso findet eine absolute Verdrehung dessen statt, was "Völkerverständigung" und "friedliches Zusammenleben" bedeuten. Während türkisches Militär unter anderem mit deutschen Waffen einen Ausrottungskrieg an der kurdischen Bevölke-

rung führt (Siehe Stoffwechsel Nr. 5 + 6), wird der berechtigte Widerstand dagegen vom Bundesinnenministerium folgendermaßen "bewertet": "...die Tätigkeit der PKK sowie ihrer Teilorganisationen verstößt gegen Strafgesetze, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährdet die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland... Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland..."

Der Zynismus der Verbotschrift ist kaum zu überbieten.

Die KurdInnen reagierten auf die Verbote ihrer Organisationen und die Beschlagnahmung der Arbeitsmaterialien mit der Besetzung ihrer Räume, mit Demonstrationen, Kundgebungen und Hungerstreiks. Der Verein in Saarbrücken erhielt für seine Protestaktionen von den meisten Gruppen, die mit ihm die Alte Feuerwache teilen, Unterstützung. Dazu heißt es in einer Resolution des Feuerdrachens:

"...der kurdische Kulturverein ist seit Jahren in der Feuerwache tätig und arbeitet im Sinne unserer gemeinsamen Satzung. Trotz des Verbotes betrachten wir den kurdischen Kulturverein als Teil unseres Hauses und werden unsere Zusammenarbeit mit dem Verein nicht aufkündigen..."

Am 10.12.1993 wurde eine Demonstration durchgeführt mit den Forderungen:

- Aufhebung des Verbotes der kurdischen Organisationen und Rückgabe der beschlagnahmten Materialien
- Sofortiger Stopp der deutschen Waffen- und Finanzhilfe an die Türkei.

Unter den ca. 500 DemonstrationsteilnehmerInnen befanden sich etwa 50 Deutsche, die sich so mit den Forderungen solidarisierten.

In der zweiten Märzhälfte dieses Jahres werden zahlreiche Delegationen aus Deutschland nach Kurdistan reisen, um während der kurdischen Neujahrsfeiern (Newroz) am 21.03. und den Kommunalwahlen am 27.03. die Vorgänge zu beobachten, und um eine authentische Berichterstattung darüber zu gewährleisten. Auch aus dem Saarland wird eine Delegation teilnehmen.

Zum 12.03. wird eine Demonstration in Bonn stattfinden unter dem Motto:

FREIHEIT FÜR KURDISTAN - FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DES KURDISCHEN VOLKES!

Treffpunkt: 11.00 Uhr, Josefshöhe, Bonn.

Abfahrt in Saarbrücken:
Landwehrplatz, 6.30 Uhr

▲▲▲▲▲ pyramide, försterstraße 12, saarbrücken ▲▲▲▲▲

ES IST KEINE KUNST, DIE WELT ZU EROBERN;
WENN DU KANNST, EROBRE EIN HERZ!

Sa'di von Shiras

Unter diesem Leitgedanken hat sich die PYRAMIDE das Ziel gesetzt, unterschiedlichste Kultur-, Denk- und Kunstrichtungen miteinander zu verknüpfen, in dem Bestreben, die Försterstraße 12 zu einem multikulturellen Kreativzentrum für engagierte und interessierte Mitmenschen auszubauen.

Unter einem Dach finden sich so verschiedene Richtungen wie Orientalischer Tanz, Afro-Dance, Tai Chi, Karate u.v.m. vereint, mit dem Ziel, durch Kennenlernen zunächst Verständnis und - in der Folge - vielleicht sogar Wertschätzung zu schaffen. "Fremdes" wird durch eigenes Erleben weniger fremd. Tanz, Musik, Rhythmik, sportliche und auch meditative Bewegung bieten dem Interessenten die Gelegenheit, sich selbst auf andere Art zu erfahren. Unser Ziel: Spaß an der Freude!

ES IST UNMÖGLICH,
DASS EIN MENSCH DIE SONNE SCHAUT,
OHNE DASS SEIN ANGESICHT HELL DAVON WIRD.

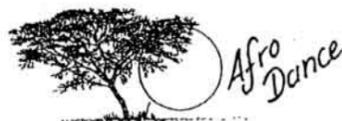
Friedrich von Bodelschwingh

BAUCHTANZ

Studio für orientalischen Tanz
Pia Welsch Ute Wikenhauser

Unterricht
Auftritte
Shows

Infos:
Ute Tel. 06 81 / 39 93 12
Pia Tel. 0 68 41 / 6 79 74



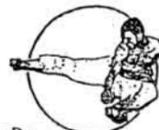
Afrikanischer Tanz
als erdverbundene, tiefe Wurzel des Tanzes

mit:
JOAQUINA SIQUICE
Kostenlose Schnupperstunde!



Kontakt/Info unter:
Tel. 0 68 61 / 26 30
Tel. 06 81 / 39 93 12

KARATE



Karate-Do
als traditionsreiche asiatische Kampfkunst zielt ab auf:

- *SELBSTVERTEIDIGUNG*
- *PERSÖNLICHKEITSSCHULUNG*
- *ERHALTUNG DER GESUNDHEIT*

1 Woche kostenloses Probetraining!

Info unter:
Tel. 0 68 98 / 85 11 99
Tel. 06 81 / 39 86 06
Tel. 06 81 / 70 92 20



Taverne Philoxenia

Der Geheimtip für alle, die wie in Griechenland essen, trinken, feiern wollen.

Blumenstr. 10
(ehemals "Alte Steckdose")
Telefon: 0681/374 241

Küche
durchgehend
geöffnet



Wichtige Ereignisse im Zusammenhang mit dem PKK-Verbot:

20.03.1993 Die PKK verkündet einen einseitigen Waffenstillstand, um mit der türkischen Regierung am Verhandlungstisch eine politische Lösung zu ermöglichen. Sie macht den Vorschlag, über eine demokratische Föderation mit der Türkei zu diskutieren. Die türkische Regierung führt ihre militärischen Angriffe gegen Kurdistan unverändert fort. Nach 83 Tagen nimmt die PKK den bewaffneten Kampf wieder auf.

25.06.1993 Besetzung mehrerer türkischer Konsulate in Westeuropa durch Kurden als Reaktion auf die verschärfte Ausrottungspolitik der türkischen Militärs gegen die Menschen in Kurdistan. Ein Kurde wird von einem Konsulatsangehörigen in Bern erschossen.

Ende September 93 besucht die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller die Bundesrepublik. Unter anderem geht es in ihren Gesprächen mit deutschen Politikern (u.a. mit Bundeskanzler Kohl) um ihr gemeinsames Vorgehen gegen den kurdischen Befreiungskampf.

22.10.1993 Angriff auf die kurdische Stadt Lice durch türkisches Militär. Die genannte Zahl der Toten schwankt zwischen 20 und 50. 430 Häuser und 250 Geschäfte werden zerstört.

25.10.1993 Der Generalstabschef der türkischen Armee, Dogan Güres, wiederholt in einem Interview mit einer türkischen Zeitung, daß "in diesem Winter die PKK zerschlagen" werden würde. Dies hatte er bereits im September 93 angekündigt, worauf sich schlagartig die Repression auch gegen demokratische Organisationen verschärfte.

04.11.1993 Mehrere Anschläge kurdischer Menschen gegen türkische Einrichtungen. In Wiesbaden wird bei einem Brandanschlag auf das Gasthaus des dortigen Führers der faschistischen "Grauen Wölfe" ein unbeteiligter Gast getötet.

05.11.1993 Hausdurchsuchungen in 26 kurdischen Vereinen in Deutschland auf Anordnung des BundesInnenministeriums.

26.11.1993 Verbot kurdischer Organisationen: Feyka, ERNK, Kurd-Ha, Kurdistan-Komitee. Beschlagnahmung sämtlichen Arbeitsmaterials. Auch über 20 kurdische Kulturvereine - u.a. der in Saarbrücken - sind von dem Verbot betroffen.

26.11.1993 Die türkische Regierung gibt den Beginn einer militärischen Offensive in Kurdistan bekannt.

28.11.1993 Besetzung des kurdischen Kulturvereins durch KurdInnen. Forderungen: Aufhebung des Verbotes der kurdischen Organisationen, Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände.

04.12.1993 Beginn eines unbefristeten Hungerstreiks für die gleichen Forderungen. Beendigung des Hungerstreiks nach ca. drei Wochen.

10.12.1993 Erstürmung des Redaktions- und Verlagsgebäudes der türkisch-kurdischen Tageszeitung "Özgür Gündem" durch die türkische Polizei. Alle 160 MitarbeiterInnen wurden verhaftet. Offizieller Grund: Die Veröffentlichung der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen auf der Titelseite am gleichen Tag.

21.01.1994 Mit 50 Kampfflugzeugen führt die türkische Armee ein Bombardement bei Sele 80 Km hinter der irakisch-kurdischen Grenze durch. Angeblich gegen ein Lager der PKK.



Foto: Roland Röder

Arbeiterwohlfahrt? - Spießbürgerwohlstand

"Am Montag ruf ich das Gesundheitsamt, damit das mit dem Dreck hier mal aufhört!"

Es ist einer der kältesten Tage in diesem Winter. Auf einigen Dächern liegt etwas Schnee. Ich befinde mich in der Alten Feuerwache, und die, die ich oben zitiere, gehört zur Arbeiterwohlfahrt.

Am darauffolgenden Sonntag Morgen wurde - wie mir später geschildert wird - ein Obdachloser mit den Worten: "Raus hier. Wenn ich Sie hier nochmal sehe, ruf ich die Polizei" aus der Feuerwache verjagt. Wieder von Leuten der Arbeiterwohlfahrt.

In der Alten Feuerwache übernachteten während der kalten Monate ab und zu Obdachlose, die - aus welchem Grund auch immer - keinen Platz in einer Obdachlosenunterkunft bekommen haben. Manchmal halten sich auch obdachlose DrogenkonsumentInnen in der geheizten Feuerwache auf. "...das mit dem Dreck...", damit sind sie gemeint. Ähnliche Aussprüche hinsichtlich der Folgen sozialer Verelendung hab ich im Lauf der Jahre immer wieder aus dem Kreis der Arbeiterwohlfahrt vernommen.

Gut, ich muß zugeben, daß ich auch öfter Aggressionen wegen fast unerträglichem Kot- und Uringestank habe, wegen rumliegenden Getränkedosen und -flaschen... Dann schimpf ich auch mal rum. Manchmal würde ich die Tür zur Feuerwache auch am liebsten einfach dicht machen, um mich den Problemen zu entziehen. Es ist bequemer, nichts von alledem mitzukriegen. Weil wenn sich ein Obdachloser schonmal an der Heizung im Flur aufwärmt, bring ich es nicht fertig, ihn raus in die Kälte zu schicken.

Aber zwischen der Artikulation von Aggressionen und dem Ruf nach dem Gesundheitsamt und der Polizei liegt doch ein großer Unterschied. Es liegt auch ein großer Unterschied darin, ob man - wie ich - zu einer kleinen Gruppe von Menschen gehört, die sich mit bescheidensten Mitteln gegen soziale Ausgrenzung und Hetze verhält, oder ob man - wie die zitierte Frau - Mitglied in einem Wohl(stands)verband ist. Und somit auch in den Möglichkeiten, der tatsächlich vorhandenen sozialen Not vieler Menschen anders zu begegnen als durch Ausgrenzung und Repression. So könnte die Arbeiterwohlfahrt in ihren Räumen in der Feuerwache z.B. eine kostenlose Suppenküche einrichten. Aber den Leuten der Arbeiterwohlfahrt ist es eben wichtiger, in einer "sauberen" Umgebung ihre revolutionären Arbeiterlieder zu singen, anstatt sich für würdige Unterkunftsmöglichkeiten für Obdachlose und DrogenkonsumentInnen einzusetzen.

Ursel

Basmati- u. Duft-Reis, Safran, orig. ind. Gewürze, Schafskäse, Oliven, Süßigkeiten u. vieles mehr.

Spez. Geräte, Döner-, Gyrus-Masch., Reiskocher, Samover, Wook...

Bekannte Adresse:

Fa. Chiri & Feri
Am St. Johanner Markt 49
66111 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 3 65 61

Nachstehend ein Interview mit einem Mitglied des kurdischen Kulturvereins in der Alten Feuerwache:

Was denkst Du, warum hat die Bundesregierung die PKK und die kurdischen Organisationen hier verboten?

→ Also die Politik, die die PKK macht, ist über den nationalen Rahmen hinaus zu einem Weltproblem geworden, gegen die Weltordnung. Den Imperialismus hat das gestört, die wollen das nicht. Die Kurden haben überall in Europa gezeigt, daß sie für die unterdrückten Völker einen Punkt setzen, wo die unterdrückten Völker zusammenkommen können, und sich gegen die Großmächte wehren können. Sie haben das gemerkt, und möchten das nicht mehr. Deshalb haben sie die PKK verboten in einigen Ländern, so in Deutschland und in Frankreich. Aber bei uns hat das nichts geändert. Im Gegenteil. Das hat bei den Leuten mehr Interesse geweckt, auch bei uns im Verein. Kurdische Leute sagen, unsere Häuser sind Euer Verein. Darüber brauchen wir uns keine Gedanken zu machen. Die Leute haben mehr Interesse bekommen wegen den Maßnahmen gegen die PKK. Sie solidarisieren sich mehr, und wir werden jeden Tag stärker, das zeigt sich überall. Auch in anderen Teilen Kurdistans, im Iran, Irak.

Als die türkische Regierung Sele bombardiert hat, haben sich die Leute dort im Irak mit der Guerilla solidarisiert, obwohl soviel Unterdrückung durch die Barsani-Anhänger kommt. Das Volk dort akzeptiert die PKK, unterstützt die PKK. Als diese Bombardierung war, sind über 5.000 Leute gekommen, an die Stelle, wo die Guerilla lebt, und haben sich mit ihnen solidarisiert.

Im Verein hier ist auch großes Interesse. Zur Zeit besser als vorher. Z.B. die Sachen, die beschlagnahmt wurden, die Leute sagen, das ist kein Problem. Sie kaufen von sich aus die Geräte. Gestern hat eine Gruppe aus Saarlouis und Umgebung ein Fax-Gerät gekauft und hergebracht. Eine andere Gruppe hat einen Fernseher gekauft. Die machen das von sich aus. Sie wissen, daß die Sachen weg sind, daß kein Geld da ist. Das kommt alles von dem Volk. Solange das Volk da ist, werden wir stärker.

Ihr habt einen neuen Verein gegründet.

→ Ja, in zwei Wochen haben wir eine Mitgliederversammlung. Dafür brauchen wir noch einen großen Raum, da wird bestimmt über die aktuellen Geschehnisse im türkischen Teil Kurdistans geredet, die Leute informiert. Der Verein ist jetzt größer als vorher, und funktioniert ganz gut. Die Leute haben gemerkt, daß das, was die deutsche und die französische Regierung gegen die PKK beschlossen haben, daß das ungerecht ist, und daher unterstützten sie den Verein. Das zeigt sich auch bei Demos, daß die größer werden. Die türkische Regierung hat Sele bombardiert, und die bombardieren immer noch weiter. Und hier in Europa, keine Regierung sagt etwas, nirgendwo. Wenn eine Kleinigkeit sonstwo passiert, schreien sie: "Terroristen".

Das ist ein Guerillalager, was da angegriffen wird?

→ Ja. Die haben dort, glaube ich, so 1.800 Leute. Aber die PKK weiß jetzt schon, was die türkische Regierung nächstes Jahr machen will. Überall gibt es Leute, die der PKK Nachricht geben, was passiert. Bevor die Angriffe begannen, hatte die PKK die Nachricht davon bekommen. Die wußten, daß sowas gemacht wird. Und die haben vorher Zelte aufgebaut zur Täuschung. Die Türkei hat die Zelte bombardiert. Von der Guerilla sind sieben Leute umgekommen. Die haben mit 50 Kampfflugzeugen bombardiert, mit verschiedenen Bombentypen, die auch große Löcher in die Erde reißen. Das hat die türkische Regierung heimlich viel Geld gekostet.

Die Inflation in der Türkei ist ziemlich hoch. Wenn heute ein Brot 50 Pfennig kostet, dann morgen 70 Pfennig. Es ist alles zu teuer. Und die Leute müssen abgelenkt werden. Die Banken zahlen heute Zinsen zwischen 110 und 150%. Es gibt kein Vertrauen mehr in die Regierung, die klauen, die lügen, keiner sagt die Wahrheit. Nur das Militär gibt Befehle, und regiert auch die türkische Regierung. Alle Völker die da leben, Armenier, Türken, alle, die haben kein Vertrauen mehr.

Überall bilden sich große demokratische Plattformen gegen die türkische Regierung.

Vor zwei Tagen hat das Innenministerium beschlossen, daß neue Gefängnisse gebaut werden sollen, besonders im kurdischen Teil. Die Schulen, in denen leben die Militärs und Kontraguerrilla. Alle Schulen sind zu.

Kürzlich waren Politiker der DEP (Partei der Demokratie) hier.

→ Die haben mit Vertretern der SPD, CDU und FDP geredet. Über die Lage in Kurdistan, auch über DEP, über Newroz (Neujahr), über Kommunalwahlen vom 27. März. Die türkische Regierung hat die Wahlgesetze geändert. Der Gouverneur kann bestimmen, wann die Wahl gemacht wird, in welchem Zeitraum, und wo. Seit etwa zwei Wochen gehen Militärs und Kontraguerrilla zu Leuten und drohen ihnen, daß sie weggehen müssen, wenn sie nicht so wählen, wie die Türkei das will. Es sollen nur die Leute dableiben, die die Leute der Regierung wählen. Die DEP würde 90% gewinnen, deswegen müssen die Menschen vertrieben werden.

Die Wahlen finden unter Führung der Dorfschützer, der Gendarmen und der Polizei statt. Die stehen dann mit Waffen da, und können die Leute kontrollieren. Die Wahlen sind auch nur an bestimmten Orten, weit weg von den Dörfern. Die Gesetze wurden so geändert, daß die Kandidaten der Regierung gewinnen können. Das will die DEP verhindern. Deswegen waren sie beim Europaparlament, damit die Delegationen schicken, zur Beobachtung. Das wird auch wohl gemacht. Es werden über 100 Delegationen nach Kurdistan gehen zu der Zeit. □



Fraueninfo Josefine / Frauentreff Josefine

Ende August letzten Jahres mußte das "Fraueninfo Josefine" seine Räumlichkeiten am St. Johanner Markt aufgeben. Über die derzeitige Situation des Projektes haben wir die Gründerin und langjährige Leiterin, Gerda Tumlner, befragt:

Wie lange haben Sie selbst das Projekt "Fraueninfo Josefine" gemacht?

Im Juni waren es sechs Jahre, wo ich das geleitet habe. Das war schon sehr bekannt, im Ausland auch, in England. Ich hätte das Projekt gern ausgeweitet, hätte dafür finanzielle Mittel gebraucht. Mein Traum war schon immer, ein Frauenhaus zu machen, so ein Frauenhotel. Es ist aber nicht so gekommen, wie ich es gewollt hätte. Im November wurde der neue "Frauentreff Josefine" gegründet, und wir sind jetzt 24 Frauen. Die waren vorher auch schon im Fraueninfo zu mir gekommen. Wir treffen uns seit August in einer Stammkneipe. Ich wollte die Frauen halt nicht allein lassen, und wir kommen regelmäßig, jeden Donnerstag zwischen 15.00 und 17.00 Uhr in Bolays Bierstube.

Und das offizielle Projekt "Fraueninfo Josefine" ist jetzt in der Feuerwache?

Da hat sich damals ein Verein gegründet, der mir eigentlich helfen wollte, damit das Fraueninfo weiterbestehen kann. Sie haben es zwar geschafft, daß sie jetzt in der Feuerwache sind, aber sie haben mir deutlich zu erkennen gegeben, daß ich nicht mehr erwünscht bin. Ich bin ihnen halt zu sozial.

Welche Organisationen nehmen daran teil?

Ich hab festgestellt, daß das meistens politische Frauen sind, die das leiten, also Akademikerfrauen, und deswegen bin ich ihnen auch zu sozial. Weil ich mehr mit Obdachlosen, arbeitslosen Jugendlichen, mit Prostituierten und alleinstehenden Frauen zu tun habe.

Was denken Sie, wie das Projekt in der Feuerwache sich weiterentwickeln wird?

Ich kann nichts voraussagen, aber meiner Meinung nach ist es ihnen egal, wieviel Leute dahinkommen. Ob das jetzt eine Person ist, hauptsächlich es besteht irgendwie. Mir war das noch nie recht, ich war immer froh, wenn ziemlich Leute zu mir kamen, die meine Hilfe brauchten.

Denken Sie, daß das jetzt mehr so ein Renommierprojekt geworden ist?

Ja, ich sage das ganz krass, das ist ein Frauenscheintreffpunkt.

Mit den Frauen, mit denen Sie sich hier regelmäßig treffen, gab es da schon Überlegungen, sich einen anderen Raum zu suchen?

Wir haben immer noch die Hoffnung, daß sich etwas findet. Finanziell kann ich das ja nicht mehr übernehmen, aber man muß nur Geduld im Leben haben, vielleicht ergibt sich irgendwas. Ich muß auch leider sagen, daß ich 15 Jahre in der SPD war, und ausgestreut bin, weil sie nicht mehr - meiner Meinung nach - sozial sind. Ich war deswegen so enttäuscht, ich bin jetzt zu einer andern Partei gegangen, zur Sozialen-Gerechtigkeits-Partei. Ich denke, daß ich da mehr tun kann für die Ärmsten der Armen.

Offener Kanal - Programm selber machen unerwünscht Wir protestieren gegen die Zensur im Offenen Kanal

Bis jetzt haben wir an dieser Stelle immer auf die Sendung "Harte Zeiten - Widerstand in Politik und Kultur" hingewiesen, die regelmäßig einmal im Monat im Offenen Kanal gesendet wurde. Diese Sendung ist jetzt der Zensur zum Opfer gefallen. Am 18.11.93 teilte der für den Offenen Kanal zuständige Leiter der Landesanstalt für das Rundfunkwesen (LAR) mit: "Der seit dem 1. Juni 93 eingerichtete feste Sendeplatz 'Harte Zeiten - Widerstand in Politik und Kultur' wird aufgehoben." Begründet wurde diese "Organisationsmaßnahme" (sprich: von Oben diktiert, ohne Wieder-

spruchsmöglichkeit) mit dem "Inhalt der auf diesem Sendeplatz am 16.10.93 ausgestrahlten Sendung, die die Vermutung begründet, daß ein Straftatbestand realisiert wurde." Die LAR war bis heute nicht in der Lage, diese "Vermutung" zu präzisieren oder gar sie zu erhärten. Bereits vorher gab es einzelne Sendungen von "Harte Zeiten", die zensiert wurden, sowie Versuche der LAR, auf Themenauswahl und Inhalt Einfluß zu nehmen.

Bei der Sendung vom 16.10.93 ging es um den Protest gegen die Wiedervereinigungsfeiern in Saarbrücken am 2./3. Oktober und um den "deutschen Herbst" 1977.

Die Redaktion von "Harte Zeiten" hat ihre Sendungen seit Anfang '91 so bestimmt:

"Für uns waren die Sendungen ein Moment des öffentlichen Raums, in dem wir die Fragen nach der Bewertung der aktuellen politischen Entwicklung in der alten 'Neuen Weltordnung' behandeln wollten, sowie Ansätze zur Neubestimmung und Organisierung von politischen Initiativen für die Umwälzung der bestehenden kapitalistischen und imperialistischen Verhältnisse entwickelt haben.

Radio Harte Zeiten versteht sich als antikapitalistisch und antiimperialistisch in diesem Sinne!

Unsere Themenschwerpunkte waren bestimmt von den aktuellen Ereignissen, international beispielsweise vom imperialistischen Krieg am Golf, der Situation und dem Krieg in der Türkei und Kurdistan, der Situation in Zentralamerika, sowie der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in West-Europa. Dazu haben wir auch immer wieder internationale Interviewpartnerinnen aus dem arabischen Raum, aus Zentral- und Südamerika, aus der Türkei etc. um ihre Bewertung der aktuellen politischen Entwicklung gebeten.

Im Rahmen der sozialen und politischen Kämpfe vor Ort haben wir versucht, den betroffenen Menschen einen Raum zur Darstellung ihrer Probleme und ihrer Praxis sowie ihrer Ziele zu öffnen. Insbesondere lag und liegt uns der Kampf aller politischen Gefangenen weltweit und vor allem hier am Herzen. Ihre Forderungen waren und sind auch die unseren. Ihre Freiheit liegt auf dem Weg, den wir weiter gehen werden!"

Fazit: Eine Radiosendung, die die Dinge beim Namen nennt, muß den verantwortlichen "öffentlich-rechtlichen" Köpfen der LAR suspekt sein. Die Schere im Kopf gehört schließlich zum Handwerk. Erlaubt sein soll nur diese oberflächliche Suppe, das "Hallo, hier sind wir wieder"-Geplärr, und natürlich: Nachrichten als Ware. Schaltet sich dann noch die politische Polizei ein, wovon man in diesem Fall ausgehen muß, zerfällt die mühsam zusammengehaltene demokratische Fassade, und der Offene Kanal macht die Tür zu. Die Aufhebung des Sendeplatzes für Radio "Harte Zeiten" ist politische Zensur.

Auch wenn's die Sendungen nicht mehr gibt, ist die Redaktion von "Harte Zeiten" weiter zu erreichen über: Info-Büro, Alte Feuerwache, Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken

Stimmen aus dem Viertel

Samstag, 12. Februar, wie immer Ecke Försterstraße / Cecilienstraße. Unsere Frage war diesmal, was fällt Dir/Ihnen zum Thema "Faschismus" ein. Zwei Reaktionen waren auffällig. Die eine (öfters): "Oh, das fällt mir im Moment nichts ein."

- was angesichts der stramm rechten Entwicklung in unserem Land schon erstaunlich ist (denkt man z.B. an die Politik sozialer Ausgrenzung, die Überlegungen der Politiker in Richtung Wiedereinführung von Arbeitsdienst, Bundeswehreinheiten im Innern, die staatliche nationalistische Propaganda...).

Zum Anderen fast durchgängig die Gleichsetzung von Rassismus mit Faschismus. Weder die unaufgearbeitete Geschichte des Nazi-Faschismus, noch aktuelle faschistische Tendenzen, die sich nicht auf die Politik neonazistischer Gruppen eingrenzen lassen, wurden weiter thematisiert:

Studentin, 22 Jahre: Ausländerhaß, Gewaltbereitschaft, Ausgrenzung. Die ganzen Parteien, die es da halt so gibt. Alle Leute meinen, sie hätten so unheimlich viel Probleme im eigenen Land, und ich meine, dann denkt man so schnell nur an sich selbst. Und andere Menschen, die einem im ersten Moment fremd erscheinen, schiebt man so an die Seite. Ich denke schon, daß das viele so denken. Nicht, daß sich so viele klar dazu bekennen, aber so denken, in die Richtung tendieren.

Kaufmann, 31 Jahre:

Viel Mist. Ich halte nicht so arg viel vom Faschismus. Das müßte nicht sein. Also Ausländerfeindlichkeit, gerade wo wir auf dem Weg zum vereinten Europa sind, und sich dann innerhalb der verschiedenen Rassen und Religionen gegeneinander aufzuhetzen, das ist Quatsch. Es sieht wohl so aus, daß das immer stärker wird. Vor allem, daß sich immer mehr Leute trauen, dazu zu stehen. Da müßte man was dagegen machen. Was, weiß ich auch nicht. Ich weiß kein Rezept dagegen. Es haut mich zwar nicht um, daß es sowas gibt, aber gerade bei uns, mit der Vergangenheit, was da im Argen liegt. Die Tendenz ist da. Sie beunruhigt schon manchmal.

Psychologie-Student, 28 Jahre:

Rassismus, Unterdrückung, Angst, Ungerechtigkeit, Diskriminierung, Gewalt. Ich seh in unserem Land faschistische Tendenzen. Sicher den Rechtsradikalismus, der schon stärker geworden ist in den letzten Jahren. Auch im zwischenmenschlichen Umgang, daß Fremdes diskriminiert wird, das hat für mich auch faschistische Elemente. Ich glaub das passiert hauptsächlich aus Angst davor, aus Unsicherheit, sich mit Andersartigem auseinanderzusetzen. Die Abgrenzung gelingt dann am besten, wenn man das Fremde abwehrt, und eben nicht toleriert. Das hat für mich faschistische Elemente.

Angestellte, 28 Jahre:

Das ist schon fast wieder normal. Es wird immer schlimmer, die Allgemeinstimmung, daß die Leute jetzt wieder mehr ihre rechten Ansichten rauslassen. Früher haben sie es versteckt gemacht, heute lassen auch die normalen Leute ihre rechten Ansichten raushängen, was sie sich früher nicht getraut haben, das zu sagen. Die Stimmung unter den Leuten ist so. Kollegen, Nachbarn, Verwandte.

Beschäftigte eines Reisebüros, 28 Jahre:

Ich habe mich mit Leuten unterhalten, und ich denke, es ist etwas Lebendes hier, noch. Ich finde, wenn du die Zeitungen liest, es gibt immer so etwas, aber verkleidet. Es existiert, verkleidet.

Metallbauer, 22 Jahre:

Beim Staat sowieso. Diese Gesetze sind ja alle ausländerfeindlich, und in der Gesellschaft könnten viele Sachen noch verbessert werden gegen Ausländerfeindlichkeit.

Soziologin, 39 Jahre:

Das regt mich auf. Ich merke, daß sich bei uns was verändert, und habe Angst, daß faschistische Gruppen stärker zum Zuge kommen.

Maschinenbau-Meister, 36 Jahre:

Das ist eine schlimme Sache, daß man aus der Vergangenheit nicht gelernt hat. Egal wo das jetzt war, Spanien, Italien, oder bei uns. Ich muß hier sagen, bedingt durch den relativ großen Einzugsbereich des Nauwieser Viertels, was die verschiedenen Nationalitäten angeht, ist mir persönlich hier in der Richtung noch nichts besonderes aufgefallen. Ich wohne hier, ich glaube, daß wir hier ein größeres Drogenproblem haben, als ein faschistisches. Speziell Brauerstraße, Max-Ophüls-Platz und Umgebung. Für mich als Familienvater ist das Drogenproblem ein größeres, als das Faschistenproblem. Die Kinder gehen mit den ausländischen Mitschülern ganz anders um, als das die Erwachsenen tun. Gestern hatten wir eine Nachfeier eines Kindergeburtstages, von acht Kindern waren drei ausländisch. Das ist für die Kinder ganz normal, ob das jetzt Türken sind, oder Thailänder. Die Kinder wachsen damit auf. Das wird von den Älteren reingebracht, was nicht unbedingt - wenn man die Geschichte betrachtet - das Beste ist. Die haben ca. 40% Ausländeranteil in der Klasse, genauso war es jetzt auch auf dem Geburtstag. Die Kinder machen die Sachen schon instinktiv richtig. Was dieses Faschistenproblem ist, das ist oftmals in der Borniertheit der Leute zu finden die meinen, von ausländischen Mitbürgern wird ihnen was weggenommen. Ob das jetzt die Arbeit ist oder sonstwas. Oftmals ist es ja nicht richtig.



Beruf: Neonazi
Ein paar Gedanken zu Winfried
Bonengels Film.

Der Film "Beruf: Neonazi" ist ein anderthalbstündiges Porträt des Münchner Faschisten Bela Ewald Althans. Um den Film zu drehen, verbrachten der Regisseur und Althans insgesamt neun Monate miteinander. Als Schlüsselszene des Films, an der sich auch die meiste Kritik festmacht, gilt der Auftritt Althans' in der Gaskammer von Auschwitz, wo er vor laufender Kamera behauptet, daß "das alles" eine Lüge sei und "eine riesengroße Verarschung".

In dieser üblen Szene, die Althans die Verbreitung der "Auschwitz-Lüge" ermöglicht, wird die Komplizenschaft zwischen Regisseur und Neonazi deutlich. Ingrid Strobl schreibt dazu in KONKRET 1/94: "Beim Drehen eines Filmes ist alles durchdacht und inszeniert... Nicht der Dargestellte, sondern Regie und Kamera bestimmen, was wie gedreht wird. So ist Bonengel Althans auch nicht nach Auschwitz 'gefolgt', sondern er hat ihn - egal auf wessen Vorschlag hin - nach Auschwitz gefahren, um dort einen Dreh mit ihm zu machen."

Es gibt auch Leute, die in dieser Situation dem Nazi-Schwein eins aufs Maul gegeben hätten. Doch Bonengel weiß, was er seinem Publikum schuldig ist. Schließlich soll sich der Film rentieren, und am Ende ist das gemeinsame Geschäft gemacht. Was der Film Althans an Reklame bringt, bringt er Bonengel an Geld.

Dennoch hat der Film in einigen Feuilletons schon manche Aha-Ergebnisse ausgelöst. Dafür wird er dann auch fast durchgängig gelobt: Er vermittele wichtige Informationen. Gezeigt werde das moderne Gesicht des Rechtsradikalismus: Intelligent, offensiv, skrupellos und vor allen Dingen geschäftsmäßig und planvoll. Und weil der Rausch der Erkenntnis so schön ist, wird noch eins draufgesetzt: "Es gibt zur Zeit keinen deutschen Film, der wichtiger wäre..."

Die Rede ist tatsächlich von "Beruf: Neonazi". Obwohl der Film keine wirklichen Informationen bringt und sich sein dokumentarischer Wert mehr oder weniger auf die Selbstdarstellung eines Faschisten beschränkt.

In dem Film werden weder die Organisation und Arbeitsweise neonazistischer Gruppen, noch die operativen und personellen Querverbindungen innerhalb und außerhalb des braunen Netzes, transparent gemacht. Im Klartext: Der Film hat keinen antifaschistischen Gebrauchswert.

Bonengel hat seinen Film 1992 gedreht. Im Herbst 1993 war er fertiggestellt. Es ist die Zeit, in der das gesellschaftliche und politische Klima in Deutschland zunehmend rauher und brauner wird.

Die Zeit der rassistischen Pogrome in Rostock, Mölln und Solingen. Die Zeit, in der parallel und in Wechselwirkung dazu die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl von den Bonner Politikern vorbereitet und durchgesetzt wird. Es ist die Zeit der Bundeswehrintervention in Somalia und der rigorosen wirtschaftlichen Umstrukturierungspolitik im Inneren der BRD. Es ist die Zeit, in der überall die Rede ist von "Asylbetrügern", "Sozialschmarotzern", "Arbeitsscheuen" usw., und in den Städten bestimmt die Polizeihetze gegen Obdachlose, Ausländerinnen, Punks und Junkies das Alltagsbild.

In dieser Zeit also bewegt sich der kulturelle Beitrag deutscher Intellektueller "zur Lage der Nation" auf dem Niveau von "Beruf: Neonazi".

In der Verpackung eines kritischen Beitrages, der angeblich der politischen Aufklärung diene, reiht sich dieser Videoclip mit seiner distanzlosen Darstellung eines relativ wichtigen Neonazis munter in den Zeitgeist ein.

Neonazis sind in: Schönhuber bei Gottschalk im RTL, Talkshows mit dem österreichischen Faschisten Jörg Haider, oder Christian Worch, ein führender Nazi aus Hamburg, der auch in Rostock mitgemischt hat, darf sich in einer Diskussionsrunde bei SAT1 produzieren.

Es gehört mittlerweile zur Normalität in diesem Land, daß Faschisten ihre Ideen und Gedanken in aller Öffentlichkeit, auch vor einem Millionenpublikum, verbreiten können. Sie sind salonfähig geworden.

Die Aufwertung von Faschisten als Diskussionspartner ist ein Phänomen, das keinesfalls für sich alleine steht. Die Neuinterpretation und "Beschönigung" der nationalsozialistischen Vergangenheit, wie z.B. die nicht nur von Althans vertretene "Auschwitz-Lüge", gehören in den gleichen gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Vertreter geschichtsrevisionistischer Thesen (u.a. Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Helmut Diwald, Alfred Schickel) publizieren in rechtsradikalen Zeitschriften wie "Junge Freiheit" oder "Nation Europa" genauso, wie in der "Welt" oder der "FAZ". Ihre Botschaft ist klar: Deutschland ist wieder "ein ganz normaler Staat" mit einer "ganz normalen Geschichte", der in Zukunft seine "ganz normalen, nationalen Interessen in der Welt" wahrnehmen wird.

Dementsprechend werden in offiziellen Veranstaltungen, wie der miternächtlichen Bestattungs-Zeremonie für die beiden Preußenkönige in Potsdam mit Kanzler Kohl und einer "Ehrenwache" der Bundeswehr, oder die Wiedererrichtung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales in Koblenz, die nationalsozialistischen und militaristischen Traditionen Deutschlands bewußt gefeiert. Auch nationalsozialistische "Errungenschaften" sind diesem Staat ein Grund zum Feiern: 1992 plante das Wirtschaftsministerium für den "Tag der deutschen Einheit" eine Feierstunde für Hitlers "Wunderwaffe" V2 ("die bahnbrechende Leistung deutscher Raumfahrtplaner") auf dem damaligen Testgelände und Zwangsarbeiterlager in Peenemünde.

Das neudeutsche Erwachen schreitet munter voran. Nationalistische, rassistische, geschichtsklitternde und faschistoide Gedanken und Überlegungen von Schriftstellern, Historikern, Politikern und Konzernchefs gehören mittlerweile zum guten Ton. Entsprechende Kommentare vom "Spiegel" bis zur "FAZ" strotzen nur so davon.

Konservative wie Faschisten, Nationalisten wie Nationalrevolutionäre, Neonazis und Neokonservative, bis hin zu Esoterikern, Grün-Alternativen und Sozialdemokraten finden sich in diesem

Sumpf wieder, wo immer öfter und unverhohlener an nationalsozialistische Vorstellungen angeknüpft wird.

Ideologische Mobilmachung ist angesagt. Auf allen Ebenen wird eine reaktionär-nationalistische Formierung der Gesellschaft vorangetrieben. Sie ist Ausdruck der inneren und äußeren Anpassung Deutschlands an die weltweite veränderte Situation.

Die Krise der Kapitalverwertung zwingt die imperialistischen Staaten zum gemeinsamen Krisenmanagement innerhalb der "Neuen Weltordnung" und ihrer Absicherung im Nord/Süd-Verhältnis. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen der globalen Ausbeutung neu ausgehandelt. Die Konkurrenz unter den kapitalistischen Staaten nimmt zu. Weltweite Einsätze der Bundeswehr oder die Abschaffung des Asylrechts haben hier ihre Grundlage.

Bonengels Film "Beruf: Neonazi" - genauso wie die anderen Beispiele nationaler Erbauung, können nicht für sich isoliert betrachtet werden.

Die Bedeutung und objektive Funktion des Films kann nur aus der Wechselwirkung zwischen den politisch-ökonomischen Anforderungen des wiedervereinigten Deutschlands und der ihnen entsprechenden ideologisch-moralischen Mobilmachung begriffen werden.

Zum Schluß noch eine kurze Nachbetrachtung zum Film zum Film - "Beruf: Antifaschist". Seine Hauptdarsteller sind die Saarbrücker Zeitung, die saarländische Kulturschickeria und ein sensationsgeiles Publikum.

Am Anfang steht die Entscheidung der Max Ophüls Festival-Leitung, den Film "Beruf: Neonazi" zur Eröffnung des Filmfestivals zu zeigen. Vermutlich als Zugpferd und besonderer Kick für das ganze Programm. Schließlich ist der Film bundesweit in der Diskussion, und in Hessen waren sogar kurzfristige Aufführungen verboten.

Nach öffentlichen Protesten von politischen Gruppen und Einzelpersonen (u.a. Marcel Ophüls, der Sohn von Max Ophüls), sieht sich Oberbürgermeister Hajo Hoffmann dazu gezwungen, eine Aufführung im Rahmen des "Max Ophüls Festivals" zu untersagen.

Damit kommt der Stein ins Rollen. Die Saarbrücker Zeitung fordert vehement eine öffentliche Aufführung und denunziert die Entscheidung als Zensur. Von "Skandal-Geheul" und "Hysterie" ist die Rede und an die Adresse von Marcel Ophüls (und somit indirekt auch an die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen): "Nur eines ist unter keinen Umständen akzeptabel: Der Versuch, inhaltlich hineinregieren zu wollen. Und es ist beschämend, daß man ihm dies erlaubt hat, statt den Konflikt auszutragen und auszuhalten. Dieses Mal - für immer."

Also liebe Opfer des Nationalsozialismus, fügt euch in eure Rolle, und ansonsten Maul halten.

Die Auseinandersetzung um den Film entwickelt sich binnen kurzer Zeit zum Selbstläufer. Plötzlich wollen alle den Film sehen. Der Ausländerbeirat versucht es mit dem Uni-Filmprojekt. Es klappt nicht. Eine Jugendzentrumsinitiative in Lebach organisiert gleich einen ganzen antifaschistischen Tag als Vorwand, um den Film zu zeigen. Auch das geht in die Hose. Als nächstes Dillingen - wieder nichts. Und die Saarbrücker Zeitung kündigt natürlich jeden Versuch, den Film zu zeigen, auf der ersten Seite an. Als aus allem nichts wird, schäumt Catrin Ells vor Wut im Feuilleton, macht offen, was sie wirklich denkt: "...und kompromißloses Pochen der Nazi-Opfer auf Rücksichtnahme, was hier soviel wie Zensur bedeutet. Doch beargwöhnt die junge Generation nicht gerade diese Samthandschuh-Behandlung, wechseln nicht deshalb so viele zu den Knobelbecher."

Schuld am Zuwachs neonazistischer Gruppen sind demnach die Opfer. Sie geben keine Ruhe und wollen mit Samthandschuhen angepackt werden.

Der Film "Beruf: Neonazi" ist nicht nur für ein bestimmtes Publikum gemacht. Mittlerweile schafft er sich sein eigenes. Die seit fünf Wochen geführte Auseinandersetzung um Bonengels Film zeigt, wie tief die Verwirrung geht, in weich bizarren Formen sich die Entpolitisierung vormals linksalternativer und liberaler Teile der Mittelklasse auslebt. Sich ein blühendes Neonazis reinziehen, im Kinosaal zurücklehnen und über Faschismus schwafeln. Und klar doch, man/Frau kann über alles reden und mit jedem. Bonengel hats vorgemacht.

Andreas



geschäftsmäßig und planvoll

"...Aufgeräumt wird mit dem Klischee vom hinterwäldischen Stammtischnazi mit Hitlerbärtchen oder rasierem Schädel..." Wie wahr, wie wahr! Wir gingen noch einen Schritt weiter, und haben weder Mühe, Zeit noch Kosten gescheut, uns auf die Suche nach dem "modernen Gesicht des Rechtsradikalismus" zu machen. Es war ein weiter Weg, bis wir endlich den entscheidenden Tip erhielten. In einer Kneipe in einer Stadt am Rhein, die mit B. anfängt: Am Stammtisch trafen wir auf eine illustre Herrenrunde. "Intelligent, offensiv, skrupellos und vor allen Dingen geschäftsmäßig und planvoll". Sie diskutierten über das nationale Geschick Deutschlands. Uns war es möglich, den Anwesenden Fragen zu stellen. Wir betonten ausdrücklich, daß wir ganz bewußt auf eigene Kommentare verzichtet haben, um einen möglichst dokumentarischen und authentischen Charakter rechtsradikaler und neofaschistischer Gedanken zu erhalten. Um so schärfer vermitteln sich "neue, wichtige Informationen, die zeigen, was vorgeht im Land, und worauf wir gefaßt sein müssen".

Nachdem wir unsere Interviews gemacht hatten, warnten uns Freunde und Freundinnen vor der Veröffentlichung. Ihre Sorge war, ob das Ganze nicht mißverstanden und unkritisch konsumiert werden kann. Doch wir wollen keine Zensur, und weil wir auf die Kritikfähigkeit des deutschen Spießers vertrauen, haben wir uns zur Veröffentlichung des brisanten Materials entschlossen. "Es gibt zur Zeit keinen deutschen Film, der wichtiger wäre".

Frage: 49 Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus - wie beurteilen Sie, meine Herren, die Zukunft unseres Landes?

"Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen, und soll diese ausweiten." Deutschland darf sich nicht wie ein impotenter Zwerg benehmen.

Frage: Welche Lehre ziehen Sie aus der deutschen Geschichte?

"Es gibt keine Idee über der Idee der Nation, keine der Nation übergeordneten Prinzipien, schon gar keine moralischen ... der sogenannte Antifaschismus ist kollektiver Selbsthaß, identitätsstörend ... die moralische Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus ist die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland mit anderen Mitteln."

...daß Deutschland in den vergangenen Jahrhunderten ständiges Schlachtfeld war, auf dem die Nachbarn - Franzosen, Schweden, Russen, Engländer - ihre Rivalitäten austrugen.

Frage: Das bringt uns zur Frage nach der Bundeswehr. Bei uns im Saarland sind Fallschirmjäger stationiert:

"Schon im Zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe - ihre Waffentaten am Fort Maedel, auf Kreta oder am Monte Casino sind Legende geworden."

Frage: Wie wollen Sie die jungen Soldaten motivieren?

"Sie müssen das Gefühl haben, diesen Einsatz für Deutschland zu vollziehen. Wir wissen nur eines, wenn Deutschland in Not, zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod."

Frage: Wo sehen Sie militärischen Handlungsbedarf?

"Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität. Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen." Große Flüchtlingsströme aus dem Osten könnten der europäischen Kultur ein Ende setzen... sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in den Zeiten des Kalten Krieges. Vergleiche mit einem Heuschreckenschwarm, der überall, wo er durchzieht, eine Wüste hinterläßt, sind keinesfalls übertrieben. Die Lösung kann daher nur lauten: Konsequente Abschirmung Europas vor der Zuwanderung aus den Entwicklungsländern.

Frage: Rostock, Mölln, Solingen... wie erklären Sie sich diese rassistischen Pogrome?

"Man muß verstehen, daß ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen. Wem das Wasser schon bis zum Halse steht, der wird nach jedem Strohhalm greifen, der Rettung verspricht. Sei es auch der Baseballschläger. Die brandstiftenden Jugendlichen sind eine Antwort auf die Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle."

Frage: Sind also ausländische Menschen Ihrer Meinung nach eine nationale Bedrohung?

"Heute geben wir den Asylanten Fahrräder, morgen irgendwelche Töchter. Es kann nicht sein, daß ein Teil der Ausländer befeind, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort Asyl rufen, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen. Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte... nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen... dann entartet die Gesellschaft."

- 1 Aus der Ankündigung des Films "Beruf: Neonazi" zum Max Ophüls Festival
- 2 Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 30.01.1991
- 3 Außenminister Kinkel
- 4 Bernard Willms, Bochumer Politikwissenschaftler in seinem Buch "Die deutsche Nation"
- 5 Heinz Brill, Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr
- 6 PR-Broschüre der Saarlandbrigade der Bundeswehr
- 7 Verteidigungsminister Volker Rühle
- 8 Lied aus dem 2. Weltkrieg: Heute Lied der Saarlandbrigade
- 9 Planungspapier der Bundeswehr (Naumann/Staltenberg), 1992
- 10 SPD-Landesvorsitzender von Brandenburg, Steffen Reiche
- 11 Manfred Ritter (CSU), Landesanwalt am Verwaltungsgericht Ansbach
- 12 Boltho Strauß, Dramatiker
- 13 Aus der Zeitung "Neues Deutschland", 30.9.91
- 14 Martin Walser, Schriftsteller
- 15 Bürgermeister von Vilshofen/Bayern
- 16 Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender in Berlin
- 17 Helmut Schmidt

Antifa Nachrichten
Redaktion des Antifaplenums Saar

- Internationalismus
 - Antifaschismus
 - Antirassismus
 - Repression
 - politische Gefangene
 - Kultur
 - Sonstiges
- Erscheint monatlich

Redaktion:
Alte Feuerwache
Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

ab **JAN** '94
 sind wir auch in der Cecilienstr. 4
 Ecke Johannstraße

MEHR AUSWAHL,
MEHR PLATZ,
MEHR
FUTON
ROOM

Cecilienstr. 11 und Cecilienstr. 4 (Ecke Johannstraße)
 Tel. 06 81 • 372 260 und 06 81 • 372 385

SB, Nauwieserviertel, 2x



Kessel, Container + Bußgeld für 'ne Demo? Das ist grob ungehörig!

Am 18.02.1994 lief in Saarbrücken der erste Prozeß gegen einen Teilnehmer einer Demonstration wider die Vereinigungsfeierlichkeiten. Prozesse gegen weitere sollen folgen.

Am 2. und 3.10.1993 fanden in Saarbrücken anläßlich der zentralen staatlichen Feiern zum "Tag der deutschen Einheit" drei Demonstrationen statt. Wir protestierten gegen die reaktionäre politische Entwicklung in Deutschland, den beschleunigten Sozialabbau, die zunehmende Arbeitslosigkeit, die faktische Abschaffung des Asylrechts, den Einsatz der Bundeswehr in Somalia und für die Freiheit aller politischen Gefangenen. Am 3.10.93 gegen 15.00 Uhr wurden 44 Demonstrantinnen mit Knüppeln von der Polizei vom St. Johanner Markt getrieben, eingekesselt, fotografiert, durchsucht, verhört und stundenlang in Stahlcontainern in einer Garage der Polizeikaserne Maliner Straße festgehalten. Erst gegen 24.00 Uhr wurden die letzten Festgenommenen freigelassen.

Einige Wochen später bekamen wir Bußgeldbescheide über 104,00 DM wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten und Gebührenbescheide über 40,00 DM für die Kosten der Ingewahrsamnahme. Sie werfen uns vor, eine "grob ungehörige Handlung" begangen zu haben, die geeignet gewesen sei, "die Allgemeinheit zu belästigen und zu gefährden". Zudem behaupten sie fälschlicherweise, uns mehrfach einen Platzverweis erteilt zu haben.

Damit wollen sie offenbar ihr Vorgehen am 3.10. im Nachhinein legitimieren und absichern. Es soll offensichtlich jeder Protest am Tag der nationalen Feierlichkeiten verhindert und kriminalisiert werden. Menschen, die Kritik an der politischen Entwicklung in Deutschland haben, sollen eingeschüchtert und von Protestaktionen abgeschreckt werden.

Wir halten die Bußgeldbescheide, wie überhaupt das Vorgehen der Polizei am 3.10., und die stundenlangen Festnahmen für völlig ungerechtfertigt. Deshalb haben wir Widerspruch gegen die Bescheide eingelegt.

Bis jetzt haben mindestens zehn von uns Vorladungen zur Verhandlung des Einspruchs vor dem Amtsgericht bekommen.

Die erste Verhandlung, über den Einspruch von Christian, endete am 18.02.1994 mit einer Einstellung des Bußgeld-Verfahrens.

Eine "grob ungehörige Handlung" sei nicht genau umrissen, die "Belästigung der Allgemeinheit" sei allenfalls gering und das Vorgehen der Polizei eine Überreaktion gewesen.

Christian hatte sich vor dem Gericht zum Verlauf der Demonstration, dem Vorgehen der Polizei, den Bedingungen der Ingewahrsamnahme und seiner politischen Bewertung der Vorgänge geäußert.

Mit etwa 25 Menschen wollten wir der Verhandlung zusehen. Sie war aber - gegen den Wunsch von Christian - nicht öffentlich, weil er noch nicht 18 Jahre alt ist.

Als wir unter Androhung von Ordnungsgeld und Ordnungshaft des Saales verwiesen wurden, sind wir auf die Straße gezogen. Dort haben wir ein Transparent mit dem Text "Kessel, Container + Bußgeld für 'ne Demo? Das ist grob ungehörig!" entrollt, Flugblätter zu den Prozessen verteilt und in Sprechchören die Einstellung aller Bußgeldverfahren und einen Freispruch für Christian gefordert.

Die nächsten Prozeßtermine gegen neun weitere Demonstrantinnen sind für den 3. März, 4. März und 31. März festgelegt, jeweils um 11.30 Uhr, Amtsgericht.

Angela

ÖFFNUNGSZEITEN:
MO.-FR. 10.00-18.30
SA. 10.00-14.00
la. SA. 10.00-16.00

WIKI

Gerberstr. 19
Saarbrücken
Tel. 3 12 40

WERKSTUBE e.V.
F R A U E N
H A N D W E R K
K U N S T

Impressum:
V.i.S.d.P.: Ursula Quack
Redaktion: Info-Büro, Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
☎06 81 / 39 99 90 (Anrufbeantworter)
Auflage: 2.000
Erscheinungsweise: Ca. zweimonatlich

Nachfolgender Artikel wurde uns zur Veröffentlichung übergeben.

Tagtäglich werden Frauen geschlagen, mißhandelt, sexuell ausgebeutet und ermordet. Gewalt gegen Frauen gehört zur Normalität. Auch wenn es Ansätze von Frauenorganisationen dagegen gibt - sehr häufig leider im Rahmen öffentlicher Institutionen - fehlt es insgesamt an Selbstorganisation, die neues Selbstbewußtsein von und für Frauen produzieren könnte; in der Frauen ihre Opferrolle ablegen, in der sie sich so lange befinden, wie "Lösungen" und "Hilfe" im polizeilich/juristischen Rahmen gesucht werden. Wenn irgendwer den Mackern wirkliche Grenzen setzt, dann sind es die Frauen selbst, die die Verteidigung ihrer körperlichen und geistigen Unverletzlichkeit in die eigenen Hände nehmen.

Wir wollen die Veröffentlichung des Artikels nicht so verstanden wissen, daß wir nach "mehr Polizei", mehr sozialer Kontrolle und Überwachung rufen.

Welche Lösungen sollten von Institutionen erwartet werden, die gleichzeitig ein System schützen, für das die Ausbeutung von Frauen durch unbezahlte Hausarbeit, durch entwürdigende und sexistische Reklame, durch Unterbezahlung... eine wesentliche Grundlage darstellt!

Hinter vielen Wohnungstüren im Viertel, in der Stadt, im ganzen Land werden Frauen mißhandelt, verprügelt, mißbraucht.

Einen sexistischen Gewalttäter aus seiner Anonymität holen, wird daran grundsätzlich nichts ändern. Dafür braucht es die selbstbestimmte, unabhängige Organisation von Frauen.

Redaktion

Typ aus Viertel trifft Frau zusammen - Zeuge gesucht

"Frauen schlägt Mann nicht, die tritt Mann mit den Füßen"

Diesen häßlichen deutschen Witz in die Tat umsetzen hieß es am 19.01.1994 morgens um 5.00 Uhr für Jörg Baris, wohnhaft Blumenstraße 34, Hinterhaus (eine Art Gartenhaus), Saarbrücken.

Beschreibung:

Ca. 1,65 m groß, 37 Jahre, blond, langhaarig, Haare meist hinten zum Zopf gebunden.

Leicht unteretzt.

In Begleitung eines großen Hirtenhundmischlingsruden (angeblich pyrenäischer Hirtenhund) mit couliertem Schwanz, ähnlich aussehend einem Berner Sennenhund.

Nachdem Jörg Baris mir - ich war bei ihm auf Besuch - entgegen seinen Versprechungen bettmächtig massivst zudringlich geworden war und trotz Aufforderung nicht im Geringsten gedachte, seine plumpe Anmache einzustellen, bekam er meine Meinung über sein Verhalten zu hören.

Auf sein unerwidertes "Liebeswerben" reagierte Baris, indem er mich unter allerlei Unflätigkeiten aufforderte, die Wohnung zu verlassen. Dieser Aufforderung folgte ich liebend gerne, machte den zurückgewiesenen Kavalier aber darauf aufmerksam, daß zu diesem Zweck das Tor zur Straße geöffnet werden müsse.

Jörg Baris kam der Aufforderung, die Toreinfahrt aufzuschließen, folgendermaßen nach:

Er packte mich an den Schultern der Jacke und stieß mich heftig vor sich her. Die Aufforderung, vor mir herzugehen, beantwortete er mit noch heftigerem Rumstoßen.

Einen mißlungenen Schlag in seinen Solar Plexus nahm er - inzwischen fast am Tor angelangt - zum Anlaß, mich mit dem Kopf an die Wand der Toreinfahrt zu placken, worauf ich am Boden lag. Jetzt kam er richtig in Fahrt und nahm die Gelegenheit wahr, mir mehrere saftige Tritte gegen den Schädel zu verpassen und zu versuchen, den Hund auf mich zu hetzen. Nebenbei sei als einzig Positives bemerkt, daß der Hund netterweise sich nicht veranlaßt sah, zu beißen.

Flugs sperrte Jörg Baris die Toreinfahrt auf, um mich - als ich inzwischen halb hochgekommen war - mit einem weiteren Tritt gegen den Kopf durch das Tor auf die Straße zu befördern.

Dort lieferte Herr Baris eine weitere Probe seines Könnens in Form eines heftigen, ununterbrochenen Trittehagels auf meinen Kopf. Mir gelang es dabei mit Mühe und Not, das Gesicht zu schützen.

Die Betätigung des Eintretens auf meinen Schädel, während ich am Boden lag, stellte Jörg Baris ein, als ein Anwohner von gegenüber zweimal schrie, er solle das lassen.

Mit soviel Öffentlichkeit nicht gerechnet, raffte der Baris seinen Schlüssel auf und verschwand wie die Ratte in ihr Loch.

Den Anwohner, der den Vorfall gesehen hat und sich eingemischt hat, bitte ich dringendst, sich zu melden. Und zwar bei der Redaktion Stoffwechsel (Siehe Impressum).

(Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)



SCHALLPLATTEN & CD & POSTER

ANKAUF **GIMMIX**

VERKAUF Saarbrücken • Blumenstr. 40

Tel. 06 81 / 3 35 77

TAUSCH Di-Fr 12-18, 1.+2. Sa 11-16/14

JUCHUHH!!! ab März

2 X

KAWUMM

KAWUMM St. Johanner Markt
(Eröffnung 1. März)
Kroosenstraße 2
66111 Saarbrücken
Tel. 0681-373135, Fax 373136

Klamotten, Schmuck, Schuhe,
Shirts, Poster, Postkarten,
Kosmetik, Head-Shop,
Guarana u.v.m.

KAWUMM Neuer Viertel
(Vorsand, Katalogservice)
Richard-Wagner-Str. 35
66111 Saarbrücken
Tel. 0681-36753, Fax 30777